

Teil I – Einleitung

I. Wer sind die Euroskeptiker? Was ist Euroskepsis?

Das Thema dieser Studie lautet politischer Widerstand gegen die europäische Integration. Ihr empirischer Gegenstand sind außerparlamentarische Bewegungen gegen die Europäische Union in den skandinavischen Ländern Dänemark, Norwegen und Schweden. In diesen *Volksbewegungen*, wie sie sich selbst nennen, kommt ein Phänomen europäischer Politik zum Vorschein, das zwar zunehmend an Bedeutung gewinnt, von dem wir uns jedoch noch keinen rechten Begriff gemacht haben. Es geht nämlich um Europäer, die vermeintlich das Gegenteil von »Europäern« darstellen. Es geht um europäisches Denken, das für »anti-europäisch« gehalten wird. Es geht um ein Problem, das im medialen und politischen Diskurs vor allem mit einer aus dem Englischen stammenden Vokabel belegt wird. Die Rede ist von *euroseptics* und *eurosepticism*. Wer sind diese sogenannten Euroskeptiker, und worin besteht ihre Euroskepsis? Diese Fragen beschreiben im weitesten Sinne das Erkenntnisinteresse dieser Forschungsarbeit.

Euroskeptiker und Euroskepsis sind Erscheinungsformen des politischen Widerstands im Integrationsprozeß. Historisch betrachtet ist euroskeptischer Widerstand kein neues Phänomen, wenngleich es als solches in der Literatur zur europäischen Integrationsgeschichte nicht thematisiert wird. Nach konventioneller Darstellung liest sich die Genese der europäischen Einigung seit dem Zweiten Weltkrieg wie ein unaufhörlich fortschreitender Prozeß der »Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas«, wie es in der Präambel des Maastrichter EU-Vertrages heißt. Die Meilensteine dieser Entwicklung sind die Gründungsverträge über die Montanunion (EGKS-Vertrag 1951), die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (Römische Verträge 1957), den EG-Binnenmarkt (Einheitliche Europäische Akte 1985), die Europäische Union (Maastricht-Vertrag 1992), und nach den Vertragsreformen von Amsterdam (1997) und Nizza (2000) strebt die EU mit der Verfassung nunmehr ein weiteres Etappenziel der europäischen Einigung an. Parallel zur Vertiefung hat sich die ursprüngliche Gemeinschaft der Sechs kontinuierlich auf zunächst 9 (1973), dann 10 (1981), 12 (1986), 15 (1995) und nunmehr auf 25 Mitgliedsländer (2004) vergrößert, derweil neue Erweiterungsrunden bereits in Vorbereitung sind. Die Erfolgsgeschichte der Europäischen Union hat allerdings auch eine weniger geläufige Kehrseite, auf der sichtbar wird, daß jeder Fortschritt im Integrationsprozeß durch euroskeptischen Widerstand konterkariert worden ist. So wich die Euphorie des Aufbruchs mit der Montanunion schon 1954 in Ernüchterung über das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Auf den hoffnungsvollen Durchbruch zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

folgte ab Mitte der sechziger Jahre eine zwei Jahrzehnte anhaltende Phase der Stagnation und ›Eurosklерose‹. Nach der Redynamisierung des Integrationsprozesses durch das Binnenmarkt-Projekt mündete die Gründung der Europäischen Union in die Maastricht-Krise zu Beginn der neunziger Jahre. Und die größer gewordene EU läuft möglicherweise Gefahr, im Streit um ihre Verfassung erneut an ›Eurosklерose‹ zu erkranken. Auch die Erweiterungsbilanz der europäischen Integration ist keineswegs ohne Makel. Die Schweiz lehnte 1992 den Europäischen Wirtschaftsraum ab und damit zugleich die Option auf eine spätere EU-Mitgliedschaft. Norwegen hat schon wiederholt einen Beitritt zur EG (1972) und zur EU (1994) verworfen. Und im besonderen Fall Grönlands kam es 1986 sogar zu einem Austritt aus der Europäischen Gemeinschaft. Das Phänomen Euroskepsis besitzt folglich durchaus historische Kontinuität. Letztlich ist es ebenso alt wie der europäische Integrationsprozeß selbst.

Euroskeptischer oder anti-integratorischer Widerstand hat den europäischen Integrationsprozeß gebremst oder blockiert. Wirklich zurückgeworfen aber hat er ihn bisher nicht. Der Mißerfolg der EVG 1954 machte die Hoffnungen der europäischen Föderalisten auf einen schnelle politische Einigung Europas zunichte, aber er bahnte zugleich den Weg für jenes funktionalistische Paradigma der Integration, das dann mit den Römischen Verträgen seinen endgültigen Durchbruch erlebte. Auch der Luxemburger Kompromiß von 1966, der als Ausgangspunkt für die Ära der ›Eurosklерose‹ gilt, brachte zwar den weiteren Ausbau supranationaler Institutionen zum Stillstand, führte aber nicht wie befürchtet zur Renationalisierung der europäischen Zusammenarbeit. Vielmehr wurden in der Folge nicht nur bereits eingeleitete Integrationsprojekte wie der Gemeinsame Markt vollendet, sondern auch neue begonnen, und zwar sowohl im Bereich der wirtschaftlichen Integration (Beispiel Währungszusammenarbeit) als auch im politischen Bereich (Direktwahlen zum Europäischen Parlament). Abgesehen von Grönlands EG-Austritt hat erfolgreiche Euroskepsis bisher keine unmittelbar desintegrativen Wirkungen entfaltet, das heißt zum Rückfall hinter den jeweils erreichten Status quo der Integration geführt. Anti-integratorischer Widerstand erscheint daher als ein historisch bedeutsamer, aber integraler Faktor des europäischen Integrationsprozesses. Seine Relevanz besteht nicht in erster Linie im Sinne einer existentiellen Bedrohung, sondern eher in der Funktion eines oppositionellen Einflußfaktors *im* europäischen Integrationsprozeß.

Wie weit der Einfluß reicht, den anti-integratorische Opposition im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses ausübt, ist im Konflikt um die Gründung der Europäischen Union deutlich geworden. Den Euroskeptikern gelang es nicht, den Maastricht-Vertrag vollständig zu Fall zu bringen, wohl aber, ihn qualitativ zu verändern. Ihre Opposition führte zur Vertagung einer Reihe umstrittener Fragen wie der nach einer explizit

föderalistischen Zielstellung der EU, zur Einführung neuer Vertragsgrundsätze wie dem Subsidiaritätsprinzip und nicht zuletzt zur Durchsetzung von Ausnahmestimmungen, wie zum Beispiel hinsichtlich der Teilnahme Großbritanniens und Dänemarks an der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Infolge dieser Modifikationen hat die EU insgesamt eine flexiblere Architektur entwickelt. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß nicht länger alle Mitgliedstaaten gleichermaßen in allen Integrationsbereichen kooperieren, sondern – wie bei der WWU – partiell abweichen. Anders formuliert hat der Maastricht-Konflikt die institutionelle Geometrie der EU variabler gemacht und Weichen für ein Europa mit verschiedenen Integrationsgeschwindigkeiten gelegt. Die gescheiterten Volksabstimmungen über die Einführung des Euro in Dänemark (2000) und Schweden (2003) haben zuletzt eindrucksvoll bestätigt, daß diese Weichenstellung nach wie vor Bestand hat. Inzwischen wird die durch euroskeptischen Widerstand erzwungene Flexibilisierung der europäischen Zusammenarbeit sogar von der Europäischen Union selbst praktiziert, so zum Beispiel bei der rechts- und innenpolitischen Kooperation im Rahmen des Schengener Abkommens. Überdies will die EU durch ihre geplante Verfassung nicht nur das Subsidiaritätsprinzip stärken, sondern auch die verstärkte Zusammenarbeit einzelner Mitgliedstaaten innerhalb der Union weiter institutionalisieren. Anti-integratorische Widerstände haben die Entwicklung des Integrationsprozesses also stets beeinflusst, im Fall des Maastricht-Vertrages jedoch nicht allein als bremsender oder blockierender Faktor, sondern vielmehr mit modifizierender und flexibilisierender Wirkung. Euroskeptiker mögen daher ausschließlich destruktive Ziele verfolgen, ihre Euroskepsis aber zeitigt mithin konstruktive Effekte. Die Gegner der EU sind – ob sie wollen oder nicht – letztlich auch deren Mitgestalter, und in diesem gestaltenden Einfluß auf den europäischen Integrationsprozeß äußert sich die besondere Relevanz anti-integratorischer Opposition.¹

Der Maastricht-Konflikt signalisiert noch aus anderen Gründen die wachsende Bedeutung des euroskeptischen Problems. Seit dem negativen EVG-Votum der französischen Nationalversammlung von 1954 war kein größeres Integrationsprojekt mehr in einem nationalen Ratifikationsverfahren gescheitert. Seither lagen den Krisen der europäischen Integration vor allem Meinungsunterschiede zwischen den politischen Führungen der

¹ Vgl. Kowalski (1997:87f.), der mit Bezug auf Werner Benkhoff (»Die konstruktive Rolle der Maastricht-Gegner. Das Paradoxon«, *Handelsblatt* vom 31. August 1995) schreibt: »Es bildet ein Paradoxon der Integration, daß sorglose Enthusiasten und Anhänger beispielsweise einer gemeinsamen Währung selbige durch Blauäugigkeit gefährden, während schonungslose, argwöhnische Kritiker (...) zum rechtzeitigen Erkennen von Mängeln und Schwächen beitragen und damit die letzten Realisierungschancen der Währungsintegration erhöhen.«

europäischen Nationalstaaten zugrunde. Von de Gaulles ›Politik des leeren Stuhls‹ in den sechziger Jahren bis zu Thatchers Credo des ›I want my money back‹ in den achtziger Jahren ist die Kontinuität eines Konfliktmusters zu erkennen, bei dem es für das Zustandekommen von Integrationsfortschritten entscheidend darauf ankam, die Vorbehalte einzelner Staatschefs und Regierungsadministrationen zu überwinden. Die Suche nach Kompromissen auf europäischer Ebene hat sich dabei zumeist als langwierig und schwierig erwiesen. Sobald jedoch Einigung über ein Integrationsprojekt erzielt war, konnten die Regierungen der beteiligten Staaten darauf vertrauen, auch die erforderliche innenpolitische Legitimation zu erhalten. Eben dieses historisch gewachsene Vertrauen in die Reibungslosigkeit nationaler Ratifikationsprozesse wurde im Juni 1992 durch das überraschende Nein der dänischen Bevölkerung zum Maastricht-Vertrag nachhaltig erschüttert. Denn die Lehre aus der Volksabstimmung mußte zu der Erkenntnis führen, daß die Herstellung von Einstimmigkeit unter den Regierungen im Europäischen Rat zur tatsächlichen Durchsetzung von Integrationsentscheidungen nicht länger ausreichte. Intergouvernementaler Konsens war weiterhin eine zwar notwendige, aber nicht länger hinreichende Voraussetzung für die Weiterentwicklung der EU-Integration. Der Abstimmungserfolg der dänischen Maastricht-Gegner hat den Fortgang der EU-Integration generell unsicherer gemacht und dadurch dem euroskeptischen Problem zusätzliche Relevanz verschafft. Anti-integratorische Opposition ist zu einem unberechenbaren Faktor im europäischen Integrationsprozeß geworden, wie sich zuletzt wieder in Irland bei den Volksabstimmungen über den Nizza-Vertrag (2001/2002) gezeigt hat.

Schließlich verweist uns der Maastricht-Konflikt auf eine bis dahin ungeahnte gesellschaftliche Dimension von Euroskepsis. Das Nein der Dänen zu Maastricht löste selbst im nationalen Kontext große Überraschung aus, war doch der EU-Vertrag von allen politisch relevanten Kräften des Landes einschließlich der nationalen Medien unterstützt worden. Trotzdem gelang es der scheinbar übermächtigen Ja-Seite nicht, den euroskeptischen Widerstand im Land zu überwinden. Dabei war die Nein-Seite nur durch einige kleine Parteien und Einzelgewerkschaften organisiert, hauptsächlich jedoch außerhalb repräsentativer Institutionen und etablierter Parteien und Verbände. Das Nein zu Maastricht war der Erfolg außerparlamentarischer Opposition, die ihr wichtigstes Sammelbecken in einer Organisation namens Volksbewegung gegen die EG-Union hatte sowie in einer ad hoc Initiative, aus der wenig später die Junibewegung hervorging. Diese international weithin unbekanntenen euroskeptischen Bewegungen wurden mit dem Sieg im Maastricht-Referendum über Nacht zum legitimen Träger des demokratischen Mehrheitswillens der dänischen Bevölkerung. Mit ihnen sind politische Akteure auf den Plan getreten, die sich im innen-

politischen Streit um Europa durchsetzen konnten, obwohl sie gleichsam aus der Position einer doppelten Opposition heraus agieren mußten. Doppelt war diese Opposition, da sie sich sowohl gegen die EU richtete als auch gegen die pro-integratorische Politik, die von der eigenen Regierung und mithin vom politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Establishment des ganzen Landes befürwortet wurde. Das Phänomen Euroskepsis scheint sich also mit dem Maastricht-Konflikt schwerpunktmäßig von der zwischenstaatlichen Ebene in den innerstaatlichen und innergesellschaftlichen Bereich verlagert zu haben, wo die Euroskeptiker in Gestalt außerparlamentarischer ›Volksbewegungen‹ in Erscheinung treten.

Ungeachtet der zunehmenden Bedeutung euroskeptischer Widerstände hat die politikwissenschaftliche Europaforschung bislang weder dem Problem im allgemeinen noch den außerparlamentarischen Bewegungen gegen die EU im besonderen verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet. Unser Verständnis anti-integratorischer Opposition wird daher maßgeblich durch die Medienberichterstattung und den daran anknüpfenden publizistischen und politischen Diskurs bestimmt. Das dabei gezeichnete Bild ist zwar nicht in allen Teilen stimmig komponiert und wirkt insgesamt diffus, doch es zeigt die Euroskeptiker zumeist in unsympathischer Pose. Wie Hille (2002:36) in diesem Zusammenhang beobachtet hat, beruhen die »innerhalb der Europäischen Union vorherrschenden Deutungsmuster des Integrationswiderstandes« auf eine pro-integratorische Weltsicht:

»Gemeinsam ist diesen Interpretationen der EU-Befürworter, daß demokratische Entscheidungen gegen die Integration mit Rückständigkeit, geographischer Isolation und Reichtum konnotiert werden. Euroskeptizismus wird als Randphänomen kleiner, skurriler Bergvölker bagatellisiert, denen es wirtschaftlich ›zu gut‹ gehe und die einen historischen Sonderweg eingeschlagen haben.«

Tatsächlich ist ökonomischer Eigennutz noch die freundlichste Erklärung für Euroskepsis. Im Hinblick auf Norwegen wird zum Beispiel wahlweise auf die großen Ölvorkommen oder die reichen Fischgründe des Landes verwiesen, um damit die vermeintlich ausschlaggebenden ökonomischen Gründe für die norwegische Sonderstellung außerhalb der EU zu enthüllen. Auch die schweizerische Euroskepsis wird regelmäßig auf eine Art nationalen Wohlstandsegoismus zurückgeführt, sprich auf einen Mangel an Solidarität gegenüber der vergleichsweise ärmeren europäischen Umwelt. Andere geläufige Erklärungen gehen weiter und verbinden anti-integratorischen Widerstand vor allem mit politischem Extremismus, indem die Opposition entweder mit euroskeptischen Kommunisten oder rechtsradikalen Politikern wie Frankreichs Jean Marie Le Pen, Österreichs Jörg Haider oder dem Schweizer Christoph Blocher identifiziert wird. Da letztere nicht nur als erklärte Euroskeptiker, sondern zugleich als fremdenfeindliche, rassis-

tische, antisemitische oder national-chauvinistische Populisten auffallen, liegt zudem der Verdacht nahe, daß die gleichen Motive auch ihren Widerstand gegen die europäische Integration antreiben. Nicht zuletzt hat es den Anschein, daß Euroskepsis generell eine erhöhte Anziehungskraft auf gesellschaftliche Fundamentalismen jeder Art ausübt, seien dies militante Autonome, die in ihren Großstadtkiezen EU-freie Zonen proklamieren und mit Gewalt gegen die Polizei verteidigen, oder seien es religiöse Eiferer, die in der EU die Verkörperung des Anti-Christen sehen. Ein symptomatisches Beispiel für die weithin abschätzbare Darstellung von Euroskeptikern liefert Dirk Schümer (2000:162), Europa-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der bei einem »Treffen der dänischen Europagegner« beobachtet haben will, daß hier »an heterogener Ideologie einiges zusammen« kommt:

»Altlinke, die ihre gewohnte Deutscheindlichkeit weiter pflegen wollen, fromme Pfarrer, die für Gott und Königshaus den papistischen Sünden draußen halten möchten, basidemokratische Grüne, echte rassistische Ausländerfeinde und das übliche Querulantenvolk.«

Kurzum: Wohlstandsegoisten, Extremisten, Nationalisten oder schlicht Spinner und Chaoten sind die vorherrschenden Zuschreibungen im medialen und politischen Diskurs über euroskeptischen Widerstand in Europa. Das Wort vom »Anti-Europäer« scheint seine Berechtigung zu haben.

Das negative Image, das Euroskeptiker und Euroskepsis im öffentlichen Diskurs genießen, steht durchaus im Widerspruch zur bisherigen Darstellung. Wie kann man annehmen, daß anti-integratorischer Widerstand ein gleichsam schöpferischer Faktor im europäischen Integrationsprozeß ist, wenn sich dieser Widerstand augenscheinlich in Formen manifestiert, die normativ keinesfalls zu rechtfertigen sind? Wohlstandsegoismus, politischer Extremismus, nationalistischer Chauvinismus oder anderweitiger Fundamentalismus können doch keinen konstruktiven Beitrag zur Entwicklung der Europäischen Union erwarten lassen. Wer gleichwohl von einer solchen Prämisse ausgeht, muß Gefahr laufen, seinerseits einen Beitrag zur Legitimation dieser »Anti-Europäer« zu leisten. In der Tat ist es das Ziel dieser Untersuchung, unser Bild des »Anti-Europäers« in Frage zu stellen. Denn so abschreckend dieses Bild auf den ersten Blick erscheinen mag, darf es uns nicht davon abhalten, das euroskeptische Phänomen zum Gegenstand politikwissenschaftlicher Analyse zu machen. Fragen wir dann allerdings danach, an welchen Forschungsstand eine solche Analyse anknüpfen kann, werden Unzulänglichkeiten erkennbar, die ihrerseits Zweifel an der Berechtigung des negativen Werturteils über »Anti-Europäer« aufkommen lassen. Auf theoretischer Ebene nämlich wird die Relevanz von Euroskepsis im Integrationsprozeß weitgehend ausgeblendet. Auf empirischer Ebene

mangelt es zugleich an Einzelfallstudien und noch mehr an systematisch vergleichenden Untersuchungen über Euroskeptiker.² Zugespitzt gesagt besitzen wir eine weder theoretisch noch empirisch besonders fundierte Vorstellung des euroskeptischen Phänomens, wollen uns aber dessenungeachtet sicher sein, daß es im Grunde nur Unheil bringen kann.

Eine Untersuchung des Problems anti-integratorischen Widerstands bedarf der theoretischen und empirischen Fundierung. Der Literatur über die Theorien der europäischen Integration ist indes kein Angebot zu entnehmen, auf das eine solche Analyse ohne weiteres gegründet werden könnte. Um den Prozeß der europäischen Einigung seit 1945 zu erklären, ist zwar eine Mehrzahl von theoretischen Ansätzen formuliert, verworfen und wieder entdeckt worden. Bei allen Unterschieden der theoretischen Entwürfe läßt sich bezüglich der daran anknüpfenden politikwissenschaftlichen Europaforschung jedoch ein gemeinsamer Nenner feststellen, der bereits 1980 von Kalevi J. Holsti (1991:59) beschrieben wurde:

»While research on integration has generally followed many canons of scientific inquiry, there is little question that authors have been ›for‹ integration – hence the problem has been approached in a particular way, namely, locating the necessary and sufficient conditions for *successful* integration. Conditions militating *against* integration – particularly political opposition to integration – have received little attention«.

An der Berechtigung von Holstis Kritik hat sich in den letzten zwanzig Jahren wenig geändert. Die politikwissenschaftliche Europaforschung ist nach wie vor konzentriert auf die Suche nach Erklärungen für das Zustandekommen von Integration und blendet dabei zumeist jene Faktoren aus, die Integrationsprozessen zuwiderlaufen. Angesichts dieser Einseitigkeit in der theoretischen Erfassung anti-integratorischer Opposition ist es notwendig, im Rahmen dieser Studie einen eigenen Theorieansatz zu erarbeiten. Dazu bedarf es indes keiner grundlegend neuen Integrations-theorie, sondern einer Ergänzung bestehender Theorien. Als die drei wichtigsten Theorien, die gleichermaßen als Denkschulen und Paradigmen der europäischen Integration gelten, haben sich langfristig der Föderalismus, der Funktionalismus und der Intergouvernementalismus herauskristallisiert.

² Außerhalb Skandinaviens, dessen politikwissenschaftlicher Forschungsstand weiter unten dargestellt wird, konnten nur wenige Untersuchungen ermittelt werden, die sich unmittelbar mit euroskeptischen Akteuren und Argumenten beschäftigen. Für Frankreich liegt eine Einzelfallstudie von Benoit (1997) vor, der indes bei der analytischen Rekonstruktion des »French Euroscepticism« als »Social-Nationalism« weitgehend auf pro-integratorisch orientierte Tageszeitungen wie *Le Figaro* oder *Le Monde* zurückgreift. Im deutschsprachigen Raum sind vor allem die Forschungen von Hille (2000; 2002; 2003) hervorzuheben.

Dem Vorschlag von List (1999) folgend können wir diese Theorieansätze danach befragen, ob und inwiefern im Rahmen erklärender Hypothesen über das Zustandekommen von Integration auch bremsende oder blockierende Faktoren konzeptualisiert oder zumindest im Wege von Umkehrschlüssen gewonnen werden können. Die hier zu verfolgende Strategie besteht mit anderen Worten in der Suche nach Anknüpfungspunkten im etablierten Theorieangebot, um daraus ein theoretisches Verständnis anti-integratorischer Opposition entwickeln zu können.

In empirischer Hinsicht müssen wir uns zunächst Überblick über die geographische Verbreitung des euroskeptischen Phänomens verschaffen. Europa kennzeichnet ein Nord-Süd-Gefälle, in dem der Norden den euroskeptischen Pol zu bilden scheint. Nordeuropa und insbesondere Skandinavien stehen seit langem im Ruf, die Heimat der »reluctant Europeans« (Miljan 1977; Gstöhl 2002) zu sein – und dies zurecht, wie zahlreiche empirische Beobachtungen belegen. Schon der Kreis der Gründungsmitglieder der heutigen EU repräsentierte mit den Benelux-Staaten und Frankreich vor allem Westeuropa, doch mit Deutschland und Italien auch Teile Zentral- und Südeuropas. Andere Länder des Mittelmeerraums wie Griechenland, Spanien und Portugal folgten, sobald im Zuge ihrer Demokratisierung die notwendigen Voraussetzungen für einen Beitritt geschaffen waren, ebenso wie später die meisten Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas, die sich zudem aus den Zwängen sowjetischer Fremdbestimmung während des Kalten Krieges befreien mußten. Ob West, Ost oder Süd: Wer konnte und durfte, der wollte sich in der Regel auch dem Projekt der europäischen Einigung anschließen. Allein Nordeuropa blieb dem Integrationsprozeß zunächst geschlossen fern, obwohl die Staaten der Region von Anfang an alle Voraussetzungen demokratischer Wahlfreiheit und ökonomischer Kompatibilität erfüllten. Nordeuropa konnte und durfte, aber es wollte nicht. Charakteristisch für die nordeuropäische Sicht auf Europa war und blieb lange Zeit vielmehr die berühmte Züricher Rede Winston Churchills aus dem Jahr 1946. Darin hielt der vormalige britische Premierminister zwar ein mitreißendes Plädoyer für »a kind of United States of Europe« und inspirierte mit dieser Idee Generationen europäischer Föderalisten. Churchills Prämisse jedoch war, daß sich Großbritannien selbst nicht am europäischen Einigungswerk beteiligen könnte, da die Briten ihr eigenes »Commonwealth of Nations« hätten (Churchill 1994:6f.). Wenngleich letzteres von seiten der nordischen Staaten nicht behauptet werden konnte, entsprach ihre Haltung weitgehend der quasi selbstverständlichen Distanz der Briten zum Kontinent, ja sie übertraf sie sogar im Hinblick auf eine ausgeprägte Gleichgültigkeit, mit der der europäische Integrationsprozeß bis zum Ende der fünfziger Jahre verfolgt wurde. Erst die Hinwendung Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt zu Beginn der sechziger Jahre brachte die Frage einer Annäherung an

den kontinentalen Integrationsprozeß überhaupt auf die innenpolitische Tagesordnung der skandinavischen Länder.

Inzwischen ist die Mehrzahl der Länder Nordeuropas im Zuge von zwei Erweiterungsrounds (1973: Großbritannien, Irland, Dänemark; 1995: Finnland und Schweden) Mitglied der Europäischen Union geworden. In keiner anderen Region Europas ist dieser ohnehin zögerliche Annäherungsprozeß indes vergleichbar widersprüchlich und unvollständig verlaufen. Die direkt-demokratische Zurückweisung der EG/EU in Norwegen und der Austritt Grönlands sind bereits erwähnt worden. Der Vollständigkeit halber ist zu ergänzen, daß Island einen Beitritt bislang nicht einmal ernsthaft in Erwägung gezogen hat und daß mit den Färöern auch die neben Grönland zweite autonome Region des dänischen Königreiches freiwillig außerhalb der EG/EU geblieben ist. Doch selbst die nordeuropäischen Mitgliedstaaten der EU machen bis heute nationale Vorbehalte geltend, sei es in Form rechtlicher Garantien wie den britischen und dänischen *opt-outs* zum Maastricht-Vertrag oder in Form politisch behaupteter Ausnahmeregime wie Schwedens Fernbleiben vom Euro oder auch Großbritanniens »Rabatt« auf den jährlichen EU-Mitgliedsbeitrag. Im Grunde ist Finnland das einzige nordeuropäische Land, daß gegenwärtig ohne substantielle Abstriche in die Europäische Union integriert ist.

Nordeuropas euroskeptische Sonderwege sind vor allem die Konsequenz innenpolitischer Konflikte. Die vergleichende Meinungsforschung kommt übereinstimmend zu dem Befund, daß die Akzeptanz der EWG-EG-EU in Nordeuropa seit Jahrzehnten signifikant schwächer ausgeprägt ist als in den meisten anderen europäischen Ländern (Westle / Niedermayer 1991; Aarebrot / Berglund / Weninger 1995; Niedermayer 1995). Tatsächlich sind die nordeuropäischen Gesellschaften in bezug auf Europa zutiefst gespalten und polarisiert. Der sichtbarste Ausdruck dieser gesellschaftlichen Polarisierung ist die vergleichsweise häufige Zuflucht zur direkten Demokratie. Von insgesamt 41 Volksabstimmungen, die in 23 europäischen Staaten und autonomen Territorien zwischen 1972 und Ende 2003 über Integrationsfragen abgehalten worden sind, entfällt rund die Hälfte (20) auf die Länder Nordeuropas und davon wiederum mehr als die Hälfte (11) allein auf die drei skandinavischen Länder Norwegen, Schweden und Dänemark (einschließlich Grönland). Zehn Volksabstimmungen haben bisher zu einem anti-integratorischen Beschluß geführt, davon wiederum sechs allein in Skandinavien und die übrigen vier in der Schweiz und Irland (Kaufmann / Waters 2004:14f.). Angesichts dieser Bilanz kann Skandinavien in der Tat als die euroskeptische Hochburg Europas betrachtet werden und damit auch als lohnenswertes Objekt für das empirische Studium anti-integratorischer Opposition.

Im Rahmen einer vergleichenden Analyse stellen die drei skandinavischen Länder eine Fallauswahl dar, die von einer Mischung aus Kon-

gruenz und Differenz gekennzeichnet ist. Auf der einen Seite bilden Dänemark, Norwegen und Schweden im europäischen Kontext eine deutlich abgrenzbare und relativ homogene Region mit gemeinsamen kulturellen Wurzeln, vielfachen historisch gewachsenen Verbindungen und ähnlich strukturierten politischen Systemen. Diese auf Geschichte, Sprache und Weltanschauung basierende transnationale Gemeinschaft wird zugleich als Grundlage einer unverkennbaren »Europaskepsis in Skandinavien« interpretiert (Schumacher 1998). Auf der anderen Seite ist Skandinavien im Hinblick auf die langfristige Entwicklung der Europapolitik und den gegenwärtigen Stand der Integration in die Europäische Union eher mit dem Begriff Differenz zu charakterisieren. Im Gegensatz zu Dänemark, das bereits 1973 Mitglied der EG wurde, lehnten Norwegen und Schweden einen Beitritt zur Gemeinschaft ab und beschränkten sich lange Zeit auf die Zusammenarbeit im bilateralen bzw. multilateralen Rahmen der Europäischen Freihandelszone (EFTA). Erst mit der Entstehung des Europäischen Binnenmarktes setzte in Skandinavien ab Mitte der achtziger Jahre eine »neue Europa-Debatte« ein (Knudsen 1989; Gidlund 1992; Schou 1992), die allerdings erneut zu abweichenden integrationspolitischen Richtungsentscheidungen führte. Norwegen nahm 1992 den EWR-Vertrag an, lehnte aber die Mitgliedschaft in der EU ab. Demgegenüber begab sich Schweden konsequent »on the road to Brussels« (Luif 1995) und trat 1995 gemeinsam mit Finnland und Österreich der EU bei. Dänemark wiederum, das zwei Jahrzehnte als integrationspolitischer Vorreiter Skandinaviens gelten konnte, rückte durch die 1992 in der Edinburgh-Vereinbarung benannten Ausnahmen vom Maastricht-Vertrag in eine Sonderstellung innerhalb der EU. Infolgedessen ist in Skandinavien in den letzten Jahren eine komplexe und zum Teil paradox anmutende Architektur der europäischen Integration entstanden.

Eine ähnliche Mischung aus Kongruenz und Differenz spiegelt sich auch im politischen Widerstand gegen die europäische Integration in Skandinavien wider. Die Entstehungsgeschichte der Anti-EU-Bewegungen weist durchgängige Parallelen auf, eröffnet jedoch unterschiedliche Zeithorizonte und Entwicklungspfade. Dänemarks schon erwähnte Volksbewegung gegen die EG-Union repräsentiert dabei die älteste existierende anti-integratorische Oppositionsbewegung Europas. Die Ursprünge der *Folkebevægelsen mod EU*, wie sie heute heißt, reichen zurück bis zum Beginn der sechziger Jahre, als erstmals innenpolitischer Streit über die beabsichtigte Mitgliedschaft in der damaligen EWG ausbrach. Gegründet im April 1972 als Volksbewegung gegen EG setzte die Bewegung ihre Arbeit ungeachtet des dänischen EG-Beitritts fort. Bei den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament 1979 trat die Volksbewegung mit einer eigenen Kandidatenliste an und gewann auf Anhieb ein Viertel der insgesamt 16 dänischen Sitze. Seither ist die Volksbewegung ununterbrochen im Straßburger Parlament vertreten ge-

wesen. Im Kontext der Maastricht-Debatte kam es allerdings zur Spaltung der Bewegung, die im August 1992 zur Gründung der Junibewegung führte. Die *Junibevægelsen*, die seit den Europawahlen 1994 ebenfalls im EU-Parlament vertreten ist, bildet heute zusammen mit der Volksbewegung gegen EU das Rückgrat der dänischen Anti-EU-Bewegung.

Im Vergleich zu Dänemark ist die schwedische Anti-EU-Bewegung jung. Wie im übrigen Skandinavien wurde auch in Schweden im Verlauf der sechziger Jahre kontrovers über den Gemeinsamen Markt diskutiert, doch aufgrund der frühzeitigen parlamentarischen Festlegung gegen einen Mitgliedschaftsantrag kam es nur ansatzweise zur Formierung einer außerparlamentarischen Oppositionsbewegung. Dies geschah erst auf dem Hintergrund der Debatte über den Europäischen Binnenmarkt während der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. 1989 konstituierte sich zunächst ein Rat für kritische EG-Information, der im April 1991 in die Mitgliederorganisation Nein zur EG umgewandelt wurde. Im Vorfeld des EU-Referendums schloß sich Nein zur EG der Volksbewegung gegen EU an, einem im April 1994 gebildeten Kampagnenbündnis aus rund dreißig Parteien und Organisationen. Nach dem EU-Beitritt zogen sich die meisten Akteure wieder aus dem Kampagnenbündnis zurück, während Nein zur EG die Arbeit 1995 unter dem seither unveränderten Namen Volksbewegung Nein zur EU fortsetzte. Im Gegensatz zu ihren dänischen Schwesterbewegungen hat die schwedische *Folkrörelsen Nej till EU* bislang nicht an Wahlen zum Europaparlament teilgenommen, sondern mit rein außerparlamentarischen Mitteln für den Austritt Schwedens aus der EU gekämpft. Statt dessen gelang mit der Juniliste im Juni 2004 einer neuen außerparlamentarischen Kraft der Einzug in das Europäische Parlament. Die *Junilistan*, die aus der erfolgreichen Opposition beim Euro-Referendum im September 2003 hervorgegangen ist, fordert zwar nicht länger den Austritt Schwedens aus der EU, widersetzt sich jedoch der weiteren ›Unionisierung‹ der EU im Sinne der Vertiefung der politischen Zusammenarbeit.

Die Entwicklung der norwegischen Opposition zerfällt demgegenüber in eine historische Anti-EG-Bewegung bis 1972 und eine neue Anti-EU-Bewegung seit 1988. Wie in Dänemark wurden die ersten Zeichen außerparlamentarischen Widerstands bereits zu Beginn der sechziger Jahre gesetzt, doch die Sammlung der Opposition erfolgte erst im August 1970 durch die Gründung der Volksbewegung gegen eine norwegische Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt. Nach dem Erfolg im EG-Referendum 1972 stellte die Volksbewegung ihre Tätigkeit ein und beschloß 1977 offiziell ihre Auflösung. Das Wiederaufleben der Bewegung erfolgte 1988 mit dem Informationsausschuß Norwegen und EG, der im August 1990 in die Mitgliederorganisation Nein zur EG überführt wurde und seit Anfang 1994 den heutigen Namen Nein zur EU trägt. *Nei til EU* wiederholte nicht nur den Abstimmungssieg von 1972, sondern übertraf dabei mit rund

145.000 Mitgliedern sogar den Mobilisierungserfolg der alten Volksbewegung, die 130.000 Mitglieder zählte. Angesichts einer Bevölkerungsgröße von 4,4 Millionen (1994) ist es keine Übertreibung, Norwegens Nein-Bewegungen zu den größten und erfolgreichsten außerparlamentarischen Oppositionsbewegungen der europäischen Nachkriegsgeschichte zu rechnen.

Aus der spezifischen Mischung von Elementen der Kongruenz und Differenz wird die analytische Vergleichsperspektive auf die skandinavischen Anti-EU-Bewegungen erkennbar. Die relative Homogenität der skandinavischen Gesellschaften läßt vermuten, daß die Entstehungsbedingungen anti-integratorischer Opposition gleichermaßen günstig und die Inhalte und Motive von Euroskepsis in der gesamten Region ähnlich sind. Angesichts der gegenläufigen EU-Integration der skandinavischen Staaten ist demgegenüber anzunehmen, daß die Anti-EU-Bewegungen in unterschiedlichem Maß politischen Einfluß gewonnen haben. Analytisch sind die skandinavischen Anti-EU-Bewegungen damit im ersten Fall als abhängige, im zweiten Fall als unabhängige Variable angesprochen. Der Vergleich sucht also nach strukturellen Gemeinsamkeiten der Anti-EU-Bewegungen einerseits und nach Erklärungen für ihren variierenden Einfluß auf die Integrationsentwicklung der skandinavischen Staaten andererseits.

Das Verhältnis zu Europa ist überall in Skandinavien zum überragenden innenpolitischen Konfliktthema der frühen neunziger Jahre geworden. Entsprechend eingehend hat sich die skandinavische Politikwissenschaft mit den verschiedenen europapolitischen Debatten und Entscheidungen auseinandergesetzt (vgl. Schymik 2001). Vor allem die dänischen Referenden über den Maastricht-Vertrag 1992/93 sowie die Volksabstimmungen über die EU-Mitgliedschaft in Schweden und Norwegen 1994 sind Gegenstand umfassender Untersuchungen im Rahmen der Meinungs- und Abstimmungsforschung gewesen.³ Die europapolitische Willensbildung im Vorfeld der Referenden ist ebenfalls dargestellt und analysiert worden,⁴

³ Dänemark: Haahr (1992), Nielsen (1992), Svensson (1994), Wiberg (1994), Worre / Nielsen / Andersen (1994), Worre (1993b; 1995); Norwegen: Jenssen / Valen (1995), Bjørklund (1997a; 1997b); Schweden: Gilljam / Holmberg (1996), Sjöberg (1996). Bezüglich der länderübergreifenden Untersuchungen fällt auf, daß diese entweder die nordischen Beitrittsabstimmungen von 1994 in Norwegen, Schweden und Finnland thematisieren (Pettersen / Jenssen / Listhaug 1996, Bjørklund 1996, Jenssen / Pesonen / Gilljam 1998) oder den Vergleich zwischen Norwegen und der Schweiz ziehen (Listhaug / Sciarini 1997). Eine genuin skandinavische Vergleichsstudie, die auch die EU-Referenden in Dänemark von 1992/93 einbezieht, liegt bislang nicht vor.

⁴ Dänemark: Schou (1992), Nielsen (1993), Hansen (1996), Rasmussen (2001); Norwegen: Knudsen (1989), Sogner / Archer (1995), Ingebritsen (1995), Sæter (1996), Köber (2001), Løkstad (2001); Schweden: Gidlund (1992), Jarlbro / Palm

wobei hier medienwissenschaftliche Arbeiten besonders zahlreich sind.⁵ Einen dritten Schwerpunkt stellen Untersuchungen über die Europapolitik der politischen Parteien in Skandinavien dar. Überwiegend handelt es sich hierbei um Aufsätze über einzelne Parteien oder Parteigruppen,⁶ doch inzwischen sind auch Gesamtdarstellungen erschienen.⁷

Aus den vorliegenden Arbeiten lassen sich Ansatzpunkte für eine vergleichende Analyse skandinavischer Integrationsgegnerschaft gewinnen. Im Anschluß an die Meinungsforschung können wir etwa Annahmen über das soziokulturelle Profil der skandinavischen Anti-EU-Bewegungen machen. Übereinstimmend belegen verschiedene Abstimmungsanalysen die Relevanz einer Reihe sozioökonomischer Merkmale für das individuelle Stimmverhalten. In allen skandinavischen Ländern steigt danach die Wahrscheinlichkeit einer EU-negativen Stimmabgabe in Abhängigkeit von Wohlstand, Bildung und sozialem Prestige. Auch Geschlecht und Alter korrelieren auf signifikante Weise mit der Abgabe einer Nein-Stimme. Vereinfacht gesagt läßt sich im Lichte der Meinungsforschung das Bild eines prototypischen EU-Gegners in Skandinavien zeichnen. Dabei würde es sich um eine jüngere oder ältere Frau mit geringer Ausbildung handeln, die als einfache Angestellte im öffentlichen Dienst arbeitet und im allgemeinen wenig an Politik interessiert ist. Höchst untypisch wäre dagegen ein Mann mittleren Alters und höherer Bildung, der ein gutes selbständiges Einkommen bezieht und politisch interessiert ist. In der Grundtendenz entfaltet sich EU-Stimmgegnerschaft also in Bevölkerungsschichten, die sich als einfache Leute betrachten würden. Es sind mit anderen Worten Frau Rasmussen, Frau Nordmann und Frau Svensson, die der Umfragestatistik zufolge die gesellschaftliche Basis des EU-Widerstandes bilden.

Zwar gibt es darüber hinaus auch einige Arbeiten, die sich unmittelbar mit den außerparlamentarischen Bewegungen gegen die europäische Integration beschäftigen. Aber gerade in dieser Hinsicht offenbaren sich Lücken. Für Norwegen liegt eine Monographie über die alte Volks-

(1996) Strandbrink (1997; 2003); vergleichend: Kaiser et. al. (1995), Kite (1996), Ingebritsen (1997; 1998).

⁵ Dänemark: Siune (1991), Siune / Svensson / Tonsgaard (1992; 1994); Norwegen: Ramberg (1995), Nilsen (1996), Vegsund (1996), Krogstad (1997), Krossli (1997), Kvalvåg (1999); Schweden Wallin (1991; 1992; 1994), Martinsson / Säljö (1996), Palm (1996), Svensson / Hedquist (1996), Ekström / Nohrstedt (1997).

⁶ So vor allem zur Sozialdemokratie (in Schweden / Norwegen: Lindström 1993, vgl. Aylott 1997; in Dänemark: Madsen 1996) und zu den linkssozialistischen Parteien (Christensen 1996; 1998).

⁷ Norwegen: Strøm / Svåsand (1997), Saglie (1998; 1999); Schweden: Bjereld / Demker (1995), Widfeldt (1996); vergleichend: Svåsand / Lindström (1996), Haahr (1997).

bewegung vor (Bjorklund 1982) sowie eine vergleichende Untersuchung über die außerparlamentarische Opposition in Norwegen und Dänemark bis 1972 (Martens 1979). Vergleichbare Studien über die neue norwegische Anti-EU-Bewegung sind jedoch bislang nicht erschienen, obwohl Nein zur EU bereits seit über zehn Jahren existiert.⁸ Ähnliches trifft für Schweden zu, wo die Geschichte der Anti-EU-Bewegung nur in Kurzdarstellungen von Strandbrink (2003:223-235) und von Jarlbro und Palm (1996) aufgearbeitet worden ist, wobei letztere ziemlich fehlerhaft ist.⁹ Allein für Dänemark existieren mit den Arbeiten von Søren Hein Rasmussen (1997) über die Volksbewegung bis zum Ende der achtziger Jahre und von Søren Sander Rasmussen (2003) über die Junibewegung während der neunziger Jahre historisch orientierte Forschungsarbeiten. Darüber hinaus ist die Spaltung der Oppositionsbewegung im Rahmen von Geschichtsschroniken thematisiert worden, die indes im Auftrag der Volksbewegung und der Junibewegung selbst entstanden sind und deshalb nach eigener Aussage keinen Versuch darstellen, »etwas Neutrales über das Thema zu liefern« (DK-2002-1:10; ebenso: DK-2002-2).

⁸ Erwähnenswert sind eine Teiluntersuchung der norwegischen Abstimmungsanalyse von 1994, die sich mit den Haltungen und dem sozialen Hintergrund von Mitgliedern verschiedener Ja- und Nein-Organisationen beschäftigt, darunter auch von Mitgliedern von *Nei til EU* (Jenssen et. al. 1994), sowie die Arbeit von Köber (2001), die sich schwerpunktmäßig mit dem Gebrauch historischer Argumentationen der Nein-Seite in den Europa-Debatten seit 1961 beschäftigt.

⁹ Nein zur EG wurde nicht, wie Jarlbro und Palm (1996:27f.) darstellen, im Jahr 1990, sondern erst 1991 gegründet. Die Gründung erfolgte nicht durch zwei Parteipolitiker, sondern eine heterogene Gruppe von EG-Gegnern im Rahmen einer demokratischen Versammlung. Die Zeitung von Nein zur EU erschien im Vorfeld der Volksabstimmung nicht monatlich, sondern wöchentlich. Nein zur EU hatte zu dieser Zeit nicht zwei, sondern vier Vorsitzende, und nicht 150, sondern über 200 Ortsgruppen. Die Organisationen »Junge gegen EU« und »Gewerkschaftliche EU-Kritiker« waren keine »Unterorganisationen« von Nein zur EU, sondern eigenständige Anti-EU-Initiativen. Die Gründung der Kampagnenorganisation »Volksbewegung gegen EU« erfolgte nicht im Herbst, sondern bereits im April 1994. Die Diskussion im Vorfeld dauerte nicht vier Monate, sondern rund ein Jahr. Vorsitzender der Volksbewegung gegen EU wurde nicht Håkan Larsson, sondern ein Kollektivvorstand mit 22 Mitgliedern. Und schließlich stellte Nein zur EU die Tätigkeit nach Gründung der Volksbewegung nicht ein, sondern setzte sie fort, einschließlich jener Angestellten in staatlichen Arbeitsförderungsmaßnahmen (ALU), die Mitte 1994 nicht, wie Jarlbro / Palm meinen, gestrichen, sondern lediglich undefiniert wurden. Da ihre Analyse dem Titel gemäß auf die diskursive »Anatomie der Kampagnen« im Vorfeld des EU-Referendums 1994 gerichtet ist, mögen die aufgezählten Unkorrektheiten nicht erheblich ins Gewicht fallen. Als Basis für die Analyse der Volksbewegung Nein zur EU ist die Darstellung jedoch unbrauchbar.

Die außerparlamentarischen Bewegungen gegen die europäische Integration können auf eine zum Teil vierzigjährige Kontinuität zurückblicken und insofern als etablierte politische Akteure skandinavischer Europapolitik betrachtet werden. Vor diesem Hintergrund muß die vorliegende Forschungsliteratur als unzureichend bezeichnet werden. Weder für Schweden noch Norwegen liegen empirisch gestützte Arbeiten über die jüngere Entwicklung der Anti-EU-Bewegungen vor, auf die eine vergleichende Analyse aufbauen könnte. Neben der Entwicklung eines theoretischen Konzeptes erfordert eine solche Analyse also auch in empirischer Hinsicht eine wichtige Vorarbeit, nämlich eine historisch zusammenhängende Rekonstruktion der Entstehung und Entwicklung der skandinavischen Volksbewegungen gegen die EU. Erst auf dieser Grundlage können die Leitfragen der Untersuchung nach den Euroskeptikern und ihrer Euroskepsis in systematisch vergleichender Perspektive untersucht werden. Genauer gesagt geht es hierbei um drei Fragenkomplexe, die mit den Begriffen Akteure (1), Allianzen (2) und Argumente (3) überschrieben werden können.

(1) Die Frage nach den Euroskeptikern richtet sich zunächst auf die Zusammensetzung und Struktur der außerparlamentarischen Opposition. Wer sind die Anti-EU-Bewegungen in Dänemark, Norwegen und Schweden? Sind es tatsächlich Frau Rasmussen, Frau Nordmann und Frau Svensson, die ihre gesellschaftliche Basis bilden? Wird die Opposition ihrem im Namen implizierten Anspruch gerecht, nämlich eine »Bewegung des Volkes« (Hansen 1973:27) zu sein, oder mobilisieren sie in Wahrheit nur Ausschnitte der skandinavischen Gesellschaften, und wenn ja: welche? Wir haben bereits festgestellt, daß die Anti-EU-Bewegungen über ein temporäres Protestphänomen hinausgewachsen sind. Die Kontinuität des außerparlamentarischen Widerstands wirft folglich auch Fragen nach der Struktur und Entwicklung der jeweiligen Bewegungsorganisationen auf. Wie sind die verschiedenen Anti-EU-Bewegungen diesbezüglich zu qualifizieren? Haben sie sich nach spezifischen Vorbildern entwickelt, oder sind sie politische Organisationen *sui generis*? Ähneln ihr Aufbau einer konventionellen Interessenorganisation oder Partei, oder sind sie eher als (neue) soziale Bewegungen zu beschreiben? Die gesellschaftliche Basis und die organisatorische Struktur der skandinavischen Anti-EU-Bewegungen stehen im Mittelpunkt des ersten Teils der Frage nach dem Wer des euroskeptischen Widerstands.

(2) Der zweite Fragenkomplex, der sich ebenfalls vor allem auf die Euroskeptiker bezieht, nimmt die Verankerung der Anti-EU-Bewegungen als Akteure im nationalen politischen System in den Blick: Wen repräsentieren die Volksbewegungen in Dänemark, Norwegen und Schweden? Welche politischen Parteien und Verbände, welche gesellschaftlichen Initiativen und Bewegungen sind in die außerparlamentarische Opposition

eingebunden – und welche nicht? Auch bezüglich ihrer politischen Repräsentativität stellen sich die Volksbewegungen einem hohen Anspruch, indem sie behaupten, »querpolitische«¹⁰ Allianzen zu verkörpern, das heißt EU-Gegner über alle parteipolitischen und ideologischen Grenzen und über alle gesellschaftlichen Partikularinteressen hinweg zu vereinen. Einmal mehr lautet die Frage also, ob die skandinavischen Anti-EU-Bewegungen ihrem selbst gestellten Anspruch gerecht werden. Repräsentieren sie »querpolitische« Allianzen oder nur ein begrenztes politisch-ideologisches Spektrum? Sind sie Bewegungen einer Idee oder Agenten bewegender Interessen?

(3) Drittens ist schließlich nach den Argumenten und Motiven skandinavischer Integrationsgegnerschaft zu fragen: Welche Einwände erheben die Oppositionsbewegungen gegen die europäische Integration? Wie verstehen und begründen sie ihren Widerstand? Wenn wir Euroskepsis als Weltanschauung im Sinne eines Systems von Überzeugungen verstehen, stellen sich zudem wichtige normative Fragen. Eine außerparlamentarische Bewegung, die die Legitimität der EU radikal in Zweifel zieht, könnte vor allem Ausdruck für aggressiven Nationalismus oder politischen Extremismus sein, der zugleich die Legitimität des nationalen demokratischen Systems untergräbt. Angesichts des vieldiskutierten »Demokratiedefizits« der Europäischen Union ist indes ebenso denkbar, daß die Anti-EU-Bewegungen für genuin demokratische Ideale kämpfen und ihrerseits einen legitimen emanzipatorischen Anspruch verfolgen. Die Spannweite möglicher Hypothesen jedenfalls ist enorm. Es lohnt daher den Versuch, Euroskepsis im Sinne einer Weltanschauung zu untersuchen und damit stärker in die politikwissenschaftliche Europaforschung einzuführen.

Der aufgezeigte theoretische und empirische Forschungsbedarf bestimmt den Aufbau dieser Studie. In Teil II werden zunächst die theoretischen Grundlagen für die empirische Untersuchung anti-integratorischer Opposition geschaffen. Dies geschieht in drei Schritten. Im ersten Schritt werden die wichtigsten Denkschulen der europäischen Integrationstheorie, namentlich der Föderalismus, Funktionalismus und Intergouvernementalismus, daraufhin befragt, inwieweit sich diesen Theorien explizite oder implizite Erklärungsansätze für anti-integratorischen Widerstand entnehmen lassen. Im zweiten Schritt werden die drei Integrationstheorien zusätzlich aus ideologiekritischer Perspektive diskutiert, um der Frage nachzugehen, inwieweit diese Theorien selbst zu praxisrelevanten Paradigmen europäischer Integrationspolitik geworden sind. Im dritten Schritt werden die

¹⁰ »Querpolitisch« ist die buchstäbliche Übersetzung von *tvärpolitisk* (schwed.) bzw. *tverpolitisk* (norw.) oder *tværpolitisk* (dän.). Die Bedeutung des Begriffs entspricht weitgehend dem deutschen »überparteilich« oder »parteiübergreifend«, hat aber darüber hinaus den Vorzug, neben Parteigrenzen auch die Zusammenarbeit über ideologische Lagergrenzen hinweg anzudeuten.

aus der Diskussion gewonnenen Anknüpfungspunkte zu drei theoretischen Modellen verdichtet, die eine jeweils distinkte Gesamtinterpretation anti-integratorischer Opposition im Sinne des Anti-Föderalismus, Nationalismus und Protektionismus bieten. Gleichzeitig lassen sich an diese drei Modelle Annahmen über die mutmaßlichen politischen Akteure (Euroskeptiker) und ihre weltanschaulichen Motive (Euroskepsis) anschließen, die dann am Beispiel der skandinavischen Anti-EU-Bewegungen empirisch überprüft werden können.

In Teil III wendet sich die Untersuchung ihrem empirischen Gegenstand zu – den Volksbewegungen gegen die Europäische Union in Skandinavien. Im Mittelpunkt dieses Teils stehen drei Länderfallstudien über Norwegen, Schweden und Dänemark (Kapitel 4–6), denen eine kurze historische Einführung über die Grundzüge der Integrationsentwicklung Skandinaviens seit 1945 vorangestellt ist (Kapitel 3). Jede Fallstudie enthält eine in sich geschlossene Gesamtdarstellung des außerparlamentarischen Widerstands von seiner Entstehung zu Beginn der sechziger Jahre bis in die Gegenwart, wobei der Schwerpunkt auf den Zeitraum zwischen 1985 und 1995 und damit auf den historischen Kontext der Integration in den Binnenmarkt und die EU liegt. Die Länderfallstudien basieren – ebenso wie die daran anschließende Vergleichsanalyse – auf Primärquellen, die bei Forschungsaufenthalten in Göteborg (1997), Oslo (1999) und Kopenhagen (2001) in den Archiven der verschiedenen Bewegungsorganisationen gesammelt worden sind.¹¹

In Teil IV wechselt der methodische Fokus von der historischen Einzelfallanalyse zur systematisch vergleichenden Analyse der skandina-

¹¹ Zwei Anmerkungen zur Zitierweise in dieser Arbeit: Erstens sind alle Primärquellen im Text jeweils durch einen Kurztitel zitiert, der aus Länderkennzeichen, Erscheinungsjahr sowie einer laufenden Nummer besteht. Der Kurztitel verweist auf das Quellenverzeichnis, wo die Dokumente nach Ländern und innerhalb dieser in chronologischer Reihenfolge aufgelistet sind (Beispiel: DK-1992-2:8 verweist auf das Quellenverzeichnis Dänemark, Jahr 1992, Dokument Nr. 2, Seite 8). Ausnahmen bilden Belege für die periodisch erscheinenden Zeitungen der Anti-EU-Bewegungen, namentlich aus der dänischen Zeitung *Det ny Notat* (1972–74 und 1985–95: *Notat*), der norwegischen Zeitung *Standpunkt* und der schwedischen Zeitung *Kritiska EU-fakta* (bis 1994: *Kritiska Europafakta*). Diese Zeitungen werden im Fließtext unter Verwendung der Kürzel »Notat«, »Standpunkt« und »KEF« (jeweils mit Nummer / Jahr:Seite) zitiert. Der zweite Hinweis zur Zitierweise betrifft die Wiedergabe fremdsprachlicher Quellentexte. Bei den verwendeten Primärquellen handelt es sich fast ausschließlich um Texte in einer der skandinavischen Sprachen Dänisch, Norwegisch oder Schwedisch. Alle Zitate aus diesen Texten erscheinen ausschließlich in direkter Übersetzung durch den Autor. Die Wiedergabe des originalsprachigen Zitats findet nur in ausgewählten Fällen statt, insbesondere bei Schlüsselbegriffen oder Redewendungen, die nicht eindeutig oder adäquat ins Deutsche übertragen werden können.

vischen Anti-EU-Bewegungen. In Kapitel 7 werden zunächst die Akteure der außerparlamentarischen Opposition verglichen, und zwar zum einen im Hinblick auf die historische Genese, Struktur und Finanzierung der Bewegungsorganisationen und zum anderen im Hinblick auf deren Mitgliederbasis, die nach Größe, Geographie, Alter, Geschlecht und Beruf untersucht wird. In Kapitel 8 folgt ein Vergleich der durch die Bewegungen repräsentierten gesellschaftlichen Allianzen (Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Gruppen) und ideologischen Allianzen (insbesondere politische Parteien). In Kapitel 9 werden schließlich die Argumente der skandinavischen EU-Gegner im Rahmen einer vergleichenden Diskursanalyse rekonstruiert, um Aufschluß über ihre weltanschaulichen Motive zu gewinnen.

Im abschließenden Teil V werden die Ergebnisse der Untersuchung nach Maßgabe der theoretischen Modelle des Anti-Föderalismus, Nationalismus und Protektionismus zusammengefaßt und daraus die zentrale These dieser Studie entwickelt (Kapitel 10). Unser Bild von Euroskeptikern und Euroskepsis ist tendenziell negativ. In dieser Studie wird argumentiert, daß wir dieses negative Bild in dem Maße revidieren müssen, in dem wir Klarheit über die Akteure, Allianzen und Argumente der skandinavischen Anti-EU-Bewegungen gewinnen. Ohne die Schlußfolgerungen im einzelnen vorwegzunehmen, läßt sich schon an dieser Stelle sagen, daß viele gängige Einschätzungen des euroskeptischen Widerstands einer näheren Analyse nicht standhalten werden. Im Kern läuft die Untersuchung daher auf die Empfehlung hinaus, sich von der Vorstellung des ›Anti-Europäers‹ zu lösen, zumindest was die außerparlamentarische Opposition in Skandinavien angeht. Das Attribut ›anti-europäisch‹ mag ein legitimer politischer Kampfbegriff europäischer Integrationsbefürworter sein. Eine legitime Charakterisierung skandinavischer Integrationsgegner ist es nicht, letztlich ebensowenig wie das Attribut ›euroskeptisch‹. Skepsis bedeutet wörtlich ›Zweifel‹ oder ›Zurückhaltung im Urteil‹. Im Laufe dieser Untersuchung wird deutlich, daß ein solches Verständnis politischer Gegnerschaft zur europäischen Integration verfehlt ist. Anti-integratorische Opposition in Skandinavien ist nicht Ausdruck zweifelnder Zurückhaltung. Sie ist vielmehr eine durchaus klar konturierte politische Reaktion auf die fortgesetzte Europäisierung des Nationalstaats. Aus Sicht der skandinavischen Anti-EU-Bewegungen besteht kein Zweifel, daß die Europäische Union die allmähliche Staatswerdung Europas verkörpert. Sie betrachten die EU als einen neoliberalen und undemokratischen Superstaat und sich selbst als Verteidiger demokratischer Werte. Ihr Widerstand soll verhindern, daß der eigene Nationalstaat zu einem Teil der ›Vereinigten Staaten von Europa‹ wird. Es mag der Einwand erhoben werden, daß die EU weder die Absicht hat noch objektiv in der Lage ist, eine den USA vergleichbare Staatlichkeit zu entwickeln. Dagegen wird diese Arbeit unter anderem zeigen, daß die

Euroskepsis der skandinavischen Anti-EU-Bewegungen vor allem durch ein Demokratieverständnis getragen wird, das dem der unterlegenen Minderheit bei der amerikanischen Staatsgründung 1787/88 erstaunlich ähnlich ist. Die skandinavischen Euroskeptiker sind daher auch besser so zu bezeichnen, wie man die Widersacher der amerikanischen Verfassungsväter nennt: Sie sind europäische Anti-Föderalisten.